

Initiativantrag

Griechenland – keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa

1 Der Bundeskongress beschließt:

ver.di erklärt sich solidarisch mit der Bevölkerung in Griechenland und unterstützt das Bestreben, einen Politikwechsel gegenüber der bisherigen de-
5 saströsen Austeritätspolitik einzuleiten. Das aufgezwungene dritte „Memo-
randum“, das im Juli 2015 vereinbart wurde und im August in Kraft getreten
ist, hat allerdings dieses Bestreben weitgehend zunichte gemacht. Es kann
und darf in einem demokratischen Europa auf Dauer keinen Bestand ha-
ben.

10 ver.di fordert die deutsche Bundesregierung und die Verantwortlichen in
den europäischen Institutionen dazu auf, die perspektivlose Kürzungspolitik
und verordneten „Strukturenreformen“ endlich zu beenden. Diese Politik ist
offenkundig gescheitert. Statt die Krise zu überwinden, hat sie Not und
15 Elend über die Bevölkerung gebracht und viele in Jahrzehnten erkämpfte
Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vernichtet. Geholfen
hat es nicht - in Griechenland und anderen von der Krise besonders be-
troffenen Ländern wurde die Krise mit dieser Politik nicht überwunden,
sondern erheblich verschärft. Die Arbeitslosigkeit erreichte Rekordhöhen
20 und die Schulden stiegen weiter. Bei einer Jugendarbeitslosigkeit von über
50 Prozent, wie es in Spanien und Griechenland der Fall ist, gibt es für
junge Menschen keine Zukunft.

Anstatt weiterhin überwiegend die Schulden zu bedienen, müssen die fi-
25 nanziellen Hilfen an Griechenland in ein Investitions- und Aufbauprogramm
fließen – einen Marshall-Plan, wie ihn die deutschen Gewerkschaften seit
Jahren fordern, mit Investitionen in nachhaltige Energieerzeugung, in die
Reduktion des Energieverbrauchs, in nachhaltige Industrien und Dienstleis-
tungen, in Bildung und Ausbildung, in Forschung und Entwicklung, in
30 moderne Verkehrsinfrastruktur, emissionsarme Städte und Gemeinden, in
die Effizienz der öffentlichen Verwaltungen.

Bei der Belastung durch Schulden braucht Griechenland Erleichterung, wie dies aktuell auch im Fall der Ukraine gewährt und wie es sogar vom IWF während der letzten Verhandlungsrunde ins Spiel gebracht wurde. Der Schuldendienst müsste an die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gekoppelt werden. Der radikale Abbau von Arbeitnehmerrechten, die skandalösen Eingriffe in die Tarifautonomie und die Kürzung des gesetzlichen Mindestlohns müssen dringend rückgängig gemacht werden. Diese Maßnahmen haben nicht zu Wachstum und Arbeitsplätzen geführt, sondern die Armut und die Ungerechtigkeit im Lande vergrößert. Die Kürzungen im Sozialsystem und in der Gesundheitsversorgung haben humanitäre Notlagen verursacht und zu einer erheblichen Verschlechterung der Lebensqualität für viele Menschen beigetragen. Perspektivlosigkeit, Zukunftsängste und Verarmung schaffen dabei oft auch einen Nährboden für rechte Bewegungen und Parteien.

Statt einer Schrumpfkur der öffentlichen Daseinsvorsorge und des Ausverkaufs öffentlichen Eigentums braucht Griechenland ausreichend Unterstützung auch bei der Bewältigung von Aufgaben in europäischem Interesse, wie insbesondere in der Flüchtlingspolitik. Statt marktgläubiger Deregulierung, Privatisierung und Entstaatlichung braucht es ein Modernisierungsprogramm, das insbesondere die öffentliche Verwaltung einbezieht - hier kann die EU unterstützen statt zu sanktionieren! Durch mehr und gezielt geschultes Personal kann etwa der Vollzug der Steuergesetze gewährleistet, Steuerflucht unterbunden und bereits hinterzogene Steuern eingetrieben werden. Durch eine Steuerreform sind ungerechtfertigte Steuerprivilegien wie für Reedereien aufzuheben und die Reichen und Vermögenden stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen – nicht nur in Griechenland!

Um die Krise nachhaltig zu überwinden, müssen auch in der EU Reformen vorangebracht und die grundsätzliche Ausrichtung der europäischen Politik verändert werden. ver.di fordert daher, den neoliberalen Kurs der EU zu beenden. Die EU darf nicht dafür stehen, dass Länder in die kollektive Armut gedrängt werden, dass Arbeitnehmerrechte geschwächt statt gestärkt, dass Sozialsysteme abgebaut statt ausgebaut werden. Statt Abbau von sozialen und demokratischen Rechten auf Kosten der Menschen tritt ver.di für eine andere EU ein –in der Solidarität und Demokratie die Leitli-

70 nien sind und die sich Frieden, Gerechtigkeit und der Menschenwürde ver-
pflichtet.

Die bisherige neoliberale Wirtschaftspolitik muss zu einer umfassenden Fi-
75 nanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik weiterentwickelt werden, die nicht le-
diglich auf Haushaltsdisziplin, sondern auf gesamtwirtschaftliche Stabilität
und Entwicklung abstellt. Mit Blick auf die derzeitige Politik sind dringend
erste Schritte erforderlich: Eine Währungsunion braucht eine gemeinsame
Politik, die den sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich im Blick hat. Und
damit das Gegenteil ist von Merkels und Schäubles Plänen einer vertieften
80 europäischen wirtschaftspolitischen Koordinierung nach neoliberalen
Modell (Stabilitätspakt, Fiskalpakt, etc.). Die aktuellen Vorschläge zur Ver-
tiefung der Währungs- und Wirtschaftsunion anhand der Leitlinien Austeri-
tät, Deregulierung und Privatisierung würden das Gegenteil bewirken – sie
würden zu einem weiteren Ausbau von Vollmachten der Exekutive und ein-
85 nem Abbau der sozialen und demokratischen Rechte führen.

Ein solches Europa wollen wir nicht! Statt Abbau von sozialen und demok-
ratischen Rechten treten wir für ein solidarisches, demokratisches Europa
ein!

90 Der Bundesvorstand wird dazu aufgefordert, weiterhin Solidarität mit der
griechischen Bevölkerung zu zeigen und sich gemeinsam mit gesellschaftli-
chen Kräften in Deutschland und anderen Ländern für einen grundlegen-
den Politikwechsel in der EU einzusetzen. Die zum Teil sehr einseitige Dar-
95 stellung seitens politischer Entscheidungsträger und die Komplexität des
Themas machen es dabei notwendig, innerhalb wie außerhalb ver.dis die
Aufklärung über die politischen Alternativen fortzusetzen.

Begründung

100 Im Juni und Juli 2015 spitzen sich die Verhandlungen zwischen Griechen-
land und seinen Gläubigern so zu, dass zeitweise ein Auseinanderbrechen
der Eurozone drohte. In der Nacht vom 12. auf den 13. Juli erfolgte eine Ei-
nigung, der die griechische Regierung nur unter Druck und gegen ihre
105 Überzeugung zustimmte und die die Probleme innerhalb der Eurozone ab-
sehbar nicht lösen wird.

- Die von den Finanzmärkten ausgelöste Wirtschaftskrise entwickelte sich ab dem Jahr 2010 zur Euro- und Schuldenkrise. Die Antwort der Politik für die betroffenen Krisenländer waren rigoroses Kürzen und sogenannte Struktur-
- 110 reformen, die soziale Härten produzieren und obendrein ökonomisch erfolglos bleiben. Gegen diese Politik hat sich ver.di gemeinsam mit den übrigen Gewerkschaften im DGB von Anfang an eingesetzt.
- 115 Mit dem Wahlsieg des Linksbündnisses von Syriza im Januar 2015 setzte sich erstmals in einem Euroland eine politische Kraft durch, die ebenfalls für einen grundlegenden Kurswechsel eintrat – in Griechenland, einem der kleinsten Länder der Eurozone, das bei Ausbruch der Krise wie kein anderes Land unter Druck geriet.
- 120 Vor der Krise war Griechenland zwar alles andere als ein Vorbild bei der Haushaltspolitik, galt aber keinesfalls als wirtschaftliches Problem-land. Die öffentliche Schuldenquote war hoch, doch stabil und sogar etwas niedriger, als die in Belgien oder Italien.
- 125 Ab Herbst 2009 änderten sich die Finanzierungsbedingungen schlagartig. Kredite an Griechenland und andere Krisenländer galten plötzlich als risikoreich. Anleger setzten daraufhin eine Spirale nach oben in Gang und verlangten immer höhere Zinsen. Für griechische Staatspapiere stieg der
- 130 Zinssatz von fünf auf fast 40 Prozent. Zu diesen Konditionen konnte sich Griechenland auf den Finanzmärkten keine neuen Kredite mehr leisten, um auslaufende Staatspapiere zu ersetzen. Normalerweise folgt daraus die Staatspleite: Gläubiger verlieren ihre Ansprüche und vereinbaren mit dem Schuldnerland in der Regel Umschuldungen oder einen Schuldenschnitt,
- 135 um wenigstens einen Teil der Ansprüche zu retten. In einer Währungsunion wie der Eurozone wäre auch eine Garantieerklärung für Staatsanleihen von Krisenländern möglich gewesen. Dies war politisch aber nicht gewollt, ebenso wenig wie eine Pleite.
- 140 Stattdessen wurden „Rettungspakete“ für die Krisenländer geschnürt. Neue Kredite, die überwiegend lediglich zur Ablösung alter Kredite dienten, gab es aber nur gegen Auflagen: Kein Industrieland hat in Friedenszeiten seinen Haushalt in so kurzer Zeit so stark zusammengestrichen wie Griechen-

land. Minus 26 Prozent bei den Staatsausgaben, jede vierte Stelle im öffentlichen Dienst gestrichen, davon die Hälfte der 6.000 Ärzte und Ärztinnen in den öffentlichen Polikliniken. Das Tarifsystem wurde zerschlagen, Löhne der öffentlich Beschäftigten um bis zu 30 Prozent gekürzt, der Kündigungsschutz geschliffen.

Die Folgen der „Rettungspolitik“: Die griechische Wirtschaft schrumpfte seit 2010 um 18 Prozent, seit Beginn der Krise insgesamt um 26 Prozent. Die Einkommen sanken um ein Drittel. Die inländische Nachfrage brach um 30 Prozent ein. Die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich. Zuletzt lag die Arbeitslosenquote bei 26, für Jugendliche bei über 50 Prozent. Zwei Drittel sind Langzeitarbeitslose, die keine Arbeitslosenunterstützung mehr erhalten. Für viele griechische Familien sind daher die Renten der älteren Angehörigen die einzige verbliebene Einkommensquelle. 25 Prozent der griechischen Bevölkerung leben heute in Armut, weitere 35 Prozent sind von Armut bedroht. Fast jede/r Dritte ist nicht mehr krankenversichert. Jedes vierte Athener Kind geht hungrig zur Schule. Die Kindersterblichkeit ist um mehr als 40 Prozent gestiegen. Die Zahl der Selbstmorde hat sich verdoppelt.

Wachstumsfördernde Effekte durch die „Hilfsgelder“ blieben aus, weil die Milliarden nicht in die reale Wirtschaft, sondern vor allem in die Finanzwirtschaft flossen. Griechenland ist nun nicht mehr primär bei privaten Gläubigern verschuldet, sondern bei EU und Internationalem Währungsfond (IWF). 2010 hielten Banken und der gesamte private Finanzsektor noch nahezu alle Forderungen an Griechenland. Heute sind es nur noch elf Prozent. Je nach Berechnung flossen bis zu 90 Prozent der „Hilfsgelder“ an die Banken. Inzwischen hat immerhin der an der Troika beteiligte IWF eingeräumt, dass er die negativen/wachstumsschädlichen Folgen der Kürzungspolitik falsch eingeschätzt hat. Dennoch wird diese Politik fortgesetzt.

Selbst innerhalb des in Europa zurzeit vorherrschenden kapitalistischen Wertesystems können andere Wege beschritten werden, die die sozialen Härten für die griechische Bevölkerung wieder mildern und die wirtschaftliche Situation verbessern könnte.

- Wahlsieger Syriza hatte im Wahlkampf für ein Ende der Kürzungspolitik, für Sozialprogramme, für eine Überprüfung der geplanten Privatisierungen und für einen Schuldenschnitt geworben. Zudem kündigte Syriza an, Korruption und Vetternwirtschaft zu bekämpfen sowie Arbeitnehmerrechte zu stärken.
- 185 Bezahlt werden sollten die Maßnahmen mit der Eintreibung von Steuer-
rückständen, der Bekämpfung von Steuerhinterziehung, aus einem EU-fi-
nanzierten Fonds für die Bankenstabilisierung und aus vorhandenen EU-
Struktur- und Investitionsfonds.
- 190 Entgegen den Hoffnungen der neuen Regierung verweigerte sich die
Troika kategorisch Verhandlungen über einen Schuldenerlass. Besonders
die deutsche Regierung drängte auf eine Fortsetzung der neoliberalen
Schocktherapie. Für „frische“ Kredite von der EU und dem IWF sollte unter
anderem die Mehrwertsteuer weiter erhöht, die Renten weiter gekürzt und
195 öffentliches Eigentum privatisiert werden. Und trotz der katastrophalen
Erfahrungen mit der Treuhandgesellschaft bei der deutschen Vereinigung
sollen weitere Privatisierungen in Griechenland auf einem solchen Weg
abgewickelt werden. Außerdem muss das griechische Parlament alle zen-
tralen Gesetzesentwürfe den Gläubigern vorlegen.
- 200 Sicherlich sind die Vertreter der griechischen Regierung nicht immer
diplomatisch aufgetreten, haben so unnötig Widerstände provoziert und es
versäumt, deutliche Signale zum Beispiel mit Gesetzen auszusenden, dass
sie es ernst meinen mit der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Kor-
205 ruption. Eine solche Dämonisierung von gewählten Regierungsvertretern
wie im Fall der Regierung Tsipras („Geisterfahrer“, „Wirrköpfe“, „Rechtha-
ber“) ist aber bisher beispiellos.
- Mit dem Rücken zur Wand befragte die griechische Regierung schließlich
210 im Juli 2015 ihr Volk, ob es die gescheiterte Troika-Politik fortsetzen will.
Das Ergebnis des Referendums war ein klares Nein zum Kürzungsdiktat. In
Brüssel wurde der Wille der griechischen Bevölkerung jedoch ignoriert.
Schon in der Woche vor dem Referendum gewährte die Europäische Zen-
tralbank (EZB) den griechischen Banken keine weiteren Liquiditätshilfen
215 mehr. Daraufhin sah sich die griechische Regierung gezwungen, die Ban-
ken zu schließen und Kapitalverkehrskontrollen einzuführen. Der deutsche
Finanzminister drohte Griechenland offen mit dem „Grexit“, dem Raus-

220 schmiss aus der Eurozone, wenn die griechische Regierung sich nicht unterwirft. Ein „Grexit“ war nie eine wirkliche Alternative für die griechische Regierung, weil er die soziale und politische Krise weiter verschärft hätte.

225 In der Vereinbarung vom Juli 2015 haben die Gläubiger die aussichtslose Lage der griechischen Regierung ausgenutzt und eine Fortsetzung der katastrophalen Politik mit nochmals verschärften Auflagen durchgesetzt. Die griechische Regierung hatte nur die Wahl zwischen Pest und Cholera, zwischen „Grexit“ und vorläufiger Kapitulation. Eine solche politische Erpressung hat es in der jüngeren Europäischen Geschichte noch nicht gegeben. Wenn auf eine solche Weise das Recht des Stärkeren durchgesetzt wird, stellen sich die europäischen Institutionen als unvereinbar mit demokratischen Entscheidungen in Mitgliedsländern dar – das ist Wasser auf die Mühlen von nationalistischen Kräften.

235 Mit dem neuerlichen „Memorandum“ ist die griechische Regierung verpflichtet, Maßnahmen umzusetzen, die nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich absehbar weiter schaden. Und ohne nachhaltiges Wachstum können auch Schulden nicht bedient werden.

Entscheidung des Bundeskongresses

240 Angenommen